

Kolumne Herausgeberrat, Klettgauer Bote vom 14.10.2023, Gesundheitskosten

14.10.2023, Martina Munz; Nationalrätin

### **Zu viele verdienen an unserer Gesundheit!**

In der Schweiz wissen heute viele Menschen nicht mehr, wie sie am Ende des Monats ihre Rechnungen bezahlen sollen und jetzt kommt noch der Prämienschock der Krankenkassen dazu. In der Schweiz müssen die Versicherten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen deutlich höheren Anteil der Gesundheitskosten aus dem eigenen Portemonnaie zahlen. Lösungen sind dringend nötig. Aber welche? Der Ruf nach mehr Eigenverantwortung wird laut, eine Krankenkasse-light soll Abhilfe schaffen. Das wäre verheerend und der Beginn einer Zweiklassenmedizin! Wer mehr bezahlt, erkaufte sich damit bessere Gesundheitsleistungen. Das wäre die Entsolidarisierung von Gesunden und Kranken, das können wir als Gesellschaft nicht wollen. Die Schweiz darf stolz sein auf ein hervorragendes Gesundheitssystem, das für alle Leute zugänglich ist. Dieses müsste aber nicht so teuer sein. Es gibt nämlich grosses Sparpotenzial ohne Leistungseinbussen. Bundesrat Berset hat schon viele Sparmassnahmen präsentiert. Das Parlament zerpfückt aber regelmässig alle Sparvorschläge! Die Gesundheitslobby ist im Parlament mit über 121 gut bezahlten Mandaten überaus gut vertreten. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sitzen in den Gesundheitskommissionen. Sie sorgen dafür, dass sich Mehrheiten finden, um mögliche Sparpotenziale abzuschmettern. So rasselte die Anpassung der hohen Tarife für Spezialärzte zugunsten der kostengünstigen Hausarztmedizin ebenso durch, wie Massnahmen gegen zu hohen Medikamentenpreise. Selbst Generika sind bei uns massiv teurer als im Ausland. Ohne Leistungsabbau könnten nur damit jährlich 685 Millionen Franken eingespart werden. Doch im Parlament finden Lobbyisten der Pharmabranche Mehrheiten. So zahlt die Bevölkerung weiterhin überteuerte Medikamente. Unsere Gesundheit ist ein wachsender Markt und für Viele ein gutes Geschäft. Wollen wir das wirklich? Das Gesundheitswesen ist Service Public, denn Krankheiten und Unfälle können uns alle treffen. Das was das Parlament nicht schafft, muss nun die Bevölkerung richten. Bezahlte Lobbymandate gehören verboten, die Einheitskrankenkasse muss ernsthaft geprüft werden, das elektronische Patientendossier verhindert unnötige Mehrfachuntersuchungen und die Prämien dürfen nicht mehr als 10 Prozent des Einkommens ausmachen. So würden die Gesundheitskosten wirklich sinken.